

Gemeinwohl statt Krieg!

Berlin ist das Symbol der friedlichen Wiedervereinigung beider deutschen Staaten und in diesem Sinne sollte es sich als Bundeshauptstadt entschlossen für Frieden und Entwicklung in der Welt einsetzen. Statt den Konflikt in der Ukraine mit immer mehr Waffen zu unterstützen und die Gefahr einer Eskalation zu einem nuklearen dritten Weltkrieg zu riskieren, müssen wir unsere Stimme gegen den Krieg und für sofortige Verhandlungen erheben, wie sie Papst Franziskus angeboten hat. Wenn Berlin – und Deutschland - eine Zukunft haben sollen, dann nur im Rahmen einer internationalen Entwicklungs- und Sicherheitsarchitektur, die die Interessen aller Nationen gleichermaßen einbezieht. Frieden heißt Entwicklung und Kooperation! Helfen Sie mit, dafür die Weichen zu stellen. (Veröffentlicht am 17. Januar 2023.)

Programmatische Kernforderungen der BüSo zu den Wiederholungswahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus 2023

- **PCK-Schwedt muss erhalten bleiben. Schluss mit den selbstmörderischen Sanktionen!** Die Bundesregierung hat die Versorgungssicherheit der Bürger mit Öl und Gas und damit die Existenz von Zehntausenden Betrieben in Berlin, Brandenburg und anderen Bundesländern leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Die Raffinerie in Schwedt läuft zur Zeit nur mit halber Kapazität. Steigende Preise bei Benzin und Heizöl sind die Folge. Und die Bundesregierung speist uns ab mit einem „vielleicht“: vielleicht kommt irgendwann Öl über Danzig, vielleicht aus Kasachstan - vielleicht aber auch nicht. Also viel heiße Luft aus Habecks Ministerium – aber damit kann man bekanntlich jedoch nicht heizen.
- **Schluss mit der grünen Ökodiktatur!** Am grünen Wesen können weder Deutschland noch die Welt genesen. Gemeinwohl vor ideologischer Verblendung!
- **Die radikalen Maßnahmen zum „Schutz des Klimas“ müssen rückgängig gemacht werden,** da der zweifellos stattfindende Klimawandel nur zu einem sehr geringen Teil menschengemacht ist, sondern von der Sonne bestimmt wird. **CO2 ist kein Umweltgift**, sondern die Ernährungsgrundlage für Pflanzen. Deshalb sollten wir den CO2-Gehalt der Atmosphäre nicht absenken, sondern ggf. sogar erhöhen, um die Welt grüner zu machen. Außerdem brauchen wir mehr Energie und nicht weniger, denn sonst läßt sich das dringend nötige umfassende wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm unserer Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft als ganzer nicht realisieren.
- Da das bankrotte westliche Finanzsystem für die gegenwärtige Kriegsgefahr verantwortlich ist, fordert die BüSo die Sanierung des durch Spekulation aufgeblähten Finanzsystems durch ein **Trennbankensystem**, d.h. eine Separierung von Investment- und Geschäftsbanken, um die Grundlage für eine neue, massive Kreditvergabe für produktive, wertbildende Investitionen zu ermöglichen. Ergänzend muss dringend international ein neues Währungssystem mit festen Wechselkursen, ein verbessertes „Bretton Woods“, vereinbart werden. Dafür soll sich Berlin politisch auf Bundesebene einsetzen.
- Nicht erst die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, daß unser **Gesundheitswesen** völlig kaputtgespart wurde. Die eklatanten Fehler der Vergangenheit, insbesondere die Einführung der Fallpauschalen und

Bundesg.-Stelle: 030-802 34 05
Baden-Wrtbg.: 0711-7194 33 87
NRW: 0152 02 44 29 89
Niedersachsen: 0176 632 91447
Bayern: 089-725 40 11

Hessen: 0611-716 97 44
Sachsen: 0351-427 81 40
Berlin: 030-802 34 05

www.bueso.de

BüSo

Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

andere Sparprogramme müssen rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig brauchen wir eine Mobilisierung für die Schaffung grundlegender Infrastruktur für moderne Gesundheitssysteme in allen Ländern der Welt. Dafür müssen neue Forschungseinrichtungen geschaffen und die internationale Zusammenarbeit intensiviert werden, um zukünftige Pandemien frühzeitig entdecken und bekämpfen zu können.

Zuerst kommen die Menschen!

- Berlin braucht **Tausende neue produktive Arbeitsplätze**, vorzugsweise in der Industrie, der Bauwirtschaft und im Gesundheitswesen. So können das derzeit niedrige Pro-Kopf-Einkommen in Berlin deutlich angehoben und die sozialen Spannungen abgebaut werden, um Eskalationen wie jüngst in der Silvesternacht zu vermeiden. Berlin hat nur eine Zukunft als Industriestadt, nicht als Party-, Touristen- oder Dienstleistungsmetropole.
- Der **Wohnungsbau** – und insbesondere der soziale Wohnungsbau – muss massiv ausgeweitet werden, wobei eine gezielte staatliche Lenkung bei Planung und Realisierung von Bauprojekten erforderlich ist. Gleichzeitig sind überzogene und unsinnige Umweltauflagen beim Wohnungsbau abzuschaffen und die undurchschaubaren bürokratischen Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Nur so kann wieder bezahlbarer Wohnraum für alle entstehen.
- Erneuerung, Ausbau und Modernisierung der teilweise völlig maroden Infrastruktur in sämtlichen Bereichen muss mit Milliardensummen in Angriff genommen werden. Das betrifft vor allem die Verkehrsnetze (**Straßen, Schienen- und Wasserwege**), sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen (**Energie, Wasser, Kommunikationsnetze**). Durch den Privatisierungswahn der 1990er/2000er Jahre hat sich die Stadt Berlin selbst die Kontrolle über wichtige Versorgungseinrichtungen entzogen, weswegen die Inve-

stitionen in diese Bereiche vernachlässigt bzw. soweit heruntergefahren wurden, daß teilweise der Kollaps wichtiger Einrichtungen droht. In den **öffentlichen Nahverkehr** – U-Bahn, S-Bahn, Bus, Tram – muss dringend investiert werden, um das Netz zu erweitern, die Taktichte zu erhöhen und neue Verkehrstechnologien (beispielsweise Magnetbahn, CargoCap) einzuführen.

- Es gibt in Berlin zwar bereits exzellente **Forschungseinrichtungen**, die allerdings zu stark an grüner Umweltforschung orientiert sind. Die Zukunft liegt hier in modernen Technologien wie der Raumfahrt, der Kernforschung (modulare, inhärent sichere Reaktoren), der Grundlagen- und Kommunikationsforschung, der Biotechnologie und Materialforschung.
- Der seit Jahrzehnten vernachlässigte **öffentliche Dienst** – Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste – muss dringend technisch und finanziell optimiert werden.
- Der **Bildungssektor** von Kitas über Schulen bis zu Universitäten muss personell und baulich massiv aufgewertet werden, um den jungen Generationen eine Ausbildung für das 21. Jahrhundert zu ermöglichen. Insbesondere fordert die BüSo, die Lehrpläne am Vorbild der **deutschen Klassik** und dem **Humboldtschen Bildungsideal** auszurichten, um den Schülern wieder eine umfassende Allgemeinbildung und Entdeckerfreude anstatt öden Faktenwissens zu vermitteln. Alle Kinder müssen die Möglichkeit erhalten, entweder ein Musikinstrument zu erlernen, oder in einem Chor mitzusingen. Dies ist das beste Mittel gegen den heute vorherrschenden Kult der Häßlichkeit und des Pessimismus.
- Die klassische Kunst kann Menschen Optimismus und Inspiration zur Gestaltung der Zukunft verleihen und sollte nicht durch „political correctness“ banalisiert werden.

Wählen Sie am 12. Februar bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen Liste 16 (BüSo) und kontaktieren Sie uns, wenn Sie mithelfen wollen, eine grundlegende Änderung in der Politik herbeizuführen, die den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt!

Ich interessiere mich für die Kampagne der BüSo. Bitte kontaktieren Sie mich:

Vorname, Name

Anschrift (Straße, PLZ, Ort)

Telefon/ E-Mail

Datum/Ort

Unterschrift

Die Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden.

Die Daten werden den datenschutzrechtlichen Bestimmungen entsprechend vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergereicht.

Senden Sie Ihre Kontaktdaten an: BüSo Bundesgeschäftsstelle, Postfach 424152, 12083 Berlin oder per E-Mail an info@bueso.de / Tel. 030 8023405